
Portrait der SP Schweiz

Wer wir sind und was wir denken

Dokumentation über die Sozialdemokratische Partei
für Schüler:innen und weitere Interessierte



Inhaltsverzeichnis

SP Schweiz	3
SP – Für alle statt für wenige	3
Wie die SP Schweiz funktioniert	4
Die Gremien der SP	5
Die SP-Fraktion der Bundesversammlung	6
Die Ziele der SP	7
SP Frauen Schweiz	13
Die Ziele und Aufgaben der SP Frauen Schweiz	13
Die Organisation der SP Frauen Schweiz	13
Die SP-Frauen haben eine eigene Geschichte	14
JUSO Schweiz	14
Organisation und Aufbau	17
Die Geschichte der JUSO	19
Anhänge	20
Anhang 1: Kurze Einführung in die Schweizer Politik	20
Anhang 2: Häufig gestellte Fragen an die SP	22
Anhang 3: Organigramm der SP Schweiz	24
Anhang 4: Statuten der SP Schweiz	24
Anhang 5: Die Geschichte der SP	25
Literatur	31
Publikationen der SP	32
Wichtige Adressen und Links	33

SP Schweiz

SP – Wir ergreifen Partei für eine soziale Schweiz.



Liebe Schülerin, lieber Schüler

Wir danken dir herzlich für dein Interesse an der Sozialdemokratischen Partei und stellen dir die SP und ihre Ziele in dieser Dokumentation gerne vor.

Klimastreik und feministischer Streik haben gezeigt: Viele Junge sind politisch. Hunderttausende junge Menschen im Land gehen auf die Strasse, denn sie wissen: Es geht um ihre Zukunft. Wir teilen den Wunsch dieser Bewegungen nach Veränderung.



Die Klimakrise ist das drängendste Problem unserer Zeit. Grossunternehmen machen Gewinne mit lebensnotwendigen Gütern wie Wasser, Strom, dem Wohnen, der Altersvorsorge und mit unserer Gesundheit. Profitgier zerstört den Planeten, viele schauen nur noch für sich. Deshalb stellt die SP den Menschen ins Zentrum ihrer Politik, und nicht die Profite. Wir stehen für ein Miteinander, für eine Gesellschaft voller Solidarität und Hoffnung.

Die SP ergreift Partei für eine soziale Schweiz. Sie setzt sich für Menschenrechte ein: für die Rechte von Frauen, von Queers, von Migrant:innen, von Leuten mit tieferem Einkommen, von Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir wollen eine integrierende Gesellschaft – nicht eine, die ausgrenzt.

Die SP engagiert sich für mehr Lohn und bessere Renten sowie tiefere Mieten und Krankenkassenprämien, um allen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wir fordern mehr Kitaplätze und eine Elternzeit nach der Geburt eines Kindes. Klar ist: Die SP ist die Partei für alle, für Angestellte, für Selbständigerwerbende und auch für Leute, die von einer Rente leben. Also für 99 Prozent der Menschen.

Die SP bietet engagierten Menschen eine politische Heimat. Immer mehr junge Leute werden Mitglied bei der SP und der JUSO, unserer Jungpartei. Denn die politischen Entscheide von heute betreffen die Generationen von morgen. Das gilt nicht nur für Umweltschutz und Gleichberechtigung, sondern alle Fragen für unser Zusammenleben.

Bist du neugierig? Komm vorbei in der SP- oder JUSO-Sektion in deiner Nähe. Du kannst dich engagieren.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Wie die SP Schweiz funktioniert

Die SP ist auf allen politischen Ebenen in der Schweiz tätig: Die unterste Ebene sind die Gemeinden, die mittlere Ebene sind die Kantone, die oberste Ebene ist der Bund.

SP-Organisation	Aktiv auf welcher politischen Ebene?
Sektion	Gemeinde (Gemeindeversammlung oder -parlament, Gemeinderat, Kommissionen)
Kantonalpartei	Kanton (Kantonsparlament und -regierung, Kommissionen)
SP Schweiz	Bund (National- und Ständerat, Bundesrat Parlamentarische Kommissionen, Bundesverwaltung,)

Sektionen

Wer der SP beitrifft, wird Mitglied einer Sektion – das ist ein Teil der SP die für in einem bestimmten Quartier oder einer Gemeinde aktiv ist. In der Schweiz gibt es 800 SP-Sektionen mit rund 33'000 Mitgliedern. Jede Sektion ist weitgehend selbstständig, vor allem in Bezug auf ihre Aktivitäten in der eigenen Gemeinde oder im eigenen Quartier. Sektionen haben eigene Versammlungen, Präsident:innen, Vorstände und verfügt über alle Organe, die einen Verein ausmachen. Sie bilden das «Herz» der Partei und stellen die Basis der SP dar. Basisarbeit leisten die Sektionen, indem sie die lokalen Abstimmungen unterstützen und die regionale Politik mitprägen. Die Sektionen sind unterschiedlich zusammengesetzt und unterschiedlich aktiv. Die meisten laden zu regelmässigen Versammlungen ein, diskutieren aktuelle politische Themen und tragen zur Meinungsbildung bei. Sie nominieren Vertreter:innen für Kommissionen und unterstützen Kandidaturen auf allen politischen Ebenen (vgl. Anhang: Auszug aus den Statuten Art.6).

Regionalverbände

Die Sektionen einer Region sind im Regionalverband zusammengeschlossen (z. B. alle Sektionen innerhalb eines Bezirks oder einer Region). Die Regionalverbände kümmern sich vor allem um die Wahlen für das kantonale Parlament und führen eigene Tagungen und Bildungsveranstaltungen durch.

Kantonalpartei

Wer Mitglied einer Sektion ist, ist auch gleichzeitig Mitglied der Kantonalpartei. Die Kantonalparteien unterstützen Kandidaturen für die kantonalen Parlaments- oder Regierungsratswahlen. Sie bestimmen die kantonalen Abstimmungsparolen und unterstützen die SP Schweiz bei der Organisation von verschiedenen Tagungen wie z. B. dem Parteitag (vgl. Anhang: Auszug aus den Statuten Art.7).

Die Gremien der SP Schweiz

Parteitag

Das oberste Organ der SP Schweiz ist der Parteitag. Dieser tritt in der Regel ein bis zweimal jährlich zusammen. Er ist u. a. zuständig für die Abnahme des Geschäftsberichts, die Festsetzung der Mitgliederbeiträge, die Wahl des Parteipräsidiums und die Festlegung der politischen Ziele (alle vier Jahre mit der Wahlplattform). Die Parteitagsbeschlüsse sind auch für die Kantonalparteien, die Regionalverbände und die Sektionen verbindlich.

Zudem kann der Parteirat jederzeit einen ausserordentlichen Parteitag einberufen. Ebenfalls können sieben kantonale Geschäftsleitungen oder ein Fünftel der Sektionen einen ausserordentlichen Parteitag verlangen (vgl. Anhang Statuten Art. 14).

Parteirat

Der Parteirat ist das strategische Leitungsorgan der Partei und trifft sich mindestens viermal jährlich. Er fasst u. a. Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen, sofern nicht ein Parteitag darüber entscheidet. Ausserdem behandelt er politisch aktuelle Themen und gibt Stellungnahmen ab (Vgl. Anhang Statuten Art. 15).

Das Parteisekretariat

Die SP Schweiz hat ein professionelles Sekretariat mit festangestelltem Personal. Das Parteisekretariat gibt Impulse für die politische Tätigkeit der Partei, erledigt alles Administrative, begleitet Kommissionen und Gremien, organisiert Abstimmungs- und Wahlkampagnen, bereitet Tagungen und Bildungsveranstaltungen vor und stellt Werbemittel her. Das Sekretariat ist eine wichtige Drehscheibe und Anlaufstelle für aktuelle Informationen.

Themenkommissionen

Alle Parteimitglieder können in den Themenkommissionen an den Positionen der SP arbeiten. Die Themenkommissionen entwickeln das themenspezifische Wissen der Partei. Sie koordinieren und unterstützen die Politik der SP in den wesentlichen politischen Themenfeldern – auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. Die Themenkommissionen arbeiten eng mit der Fraktion zusammen.

Foren

Foren sind offene, selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Mitgliedern und Sympathisant:innen zu bestimmten Interessenbereichen. Das kann zu einer bestimmten Region, einer bestimmten Staatsebene (zum Beispiel die Gemeindepolitik) oder aufgrund einer Weltanschauung sein. Foren werden vom Parteirat anerkannt. Dazu ist entscheidend, dass die Ziele und Aktivitäten den Werten der SP Schweiz entsprechen. Ein anerkanntes Forum kann ein Mitglied in den Parteirat und den Parteitag entsenden. Aktuell gibt es das Forum «Reformplattform» in der sich sozialliberale Mitglieder und Sympathisant:innen zusammengeschlossen haben.

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung

In Parlamenten schliessen sich die Parlamentsmitglieder aus derselber oder aus ähnlichen Parteien in so genannten Fraktionen zusammen. Fraktionen haben mindestens fünf Mitglieder. Sie können Mitglieder in Kommissionen entsenden. In Fraktionssitzungen werden die Geschäfte des Parlaments vorbesprochen um eine möglichst einheitliche Meinung darüber zu entwickeln. Kommissionsmitglieder informieren ihre Fraktionen über Vorlagen in ihren Kommissionen.

Die Parlamentsmitglieder der SP im National- und Ständerat schliessen sich in der Sozialdemokratischen Fraktion (S) zusammen. Diese SP-Fraktion setzt in der Bundesversammlung die Politik der SP um. Die SP Schweiz ist im Nationalrat mit 41 Nationalrät:innen, im Ständerat mit 9 Ständerät:innen vertreten. SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (Eidg. Departement des Innern) und SP-Bundesrat Beat Jans (Eidg. Justiz- und Polizeidepartement) gehören der Landesregierung an. Nationalrätin Samira Marti und Nationalrat Samuel Bendahan bilden das Co-Präsidium der SP Fraktion. Das Vizepräsidium besteht aus Nationalrätin Nadine Masshardt (BE) sowie Ständerat Daniel Jositsch (ZH). Portraits der einzelnen Parlamentarier:innen finden sich auf den Websites der SP Schweiz und des Parlaments.

Mehr über das politische System der Schweiz ist in der Broschüre «Der Bund kurz erklärt» zu erfahren, welche online unter der folgenden Adresse zu finden ist:
<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/der-bund-kurz-erklaert.html>

Die Ziele der SP

Frieden, Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind die Werte, welche die SP vertritt. In den verschiedenen politischen Bereichen versucht sie diese Werte einzubinden.

Arbeit

Immer mehr Menschen erkennen, dass Wachstum, materieller Wohlstand und Lohn nicht die alleinigen Ziele für sie persönlich und für die Gesellschaft sein können. Wer weniger bezahlte Arbeit verrichtet, hat mehr Freizeit und Sozialzeit zur Verfügung. Damit es eine echte Wahl zwischen Berufs-, Erziehungs- und Hausarbeit gibt, sollen alle Geschlechter das Recht auf bezahlte Arbeit haben und sich gleichermaßen an der unbezahlten Arbeit beteiligen. Eltern sollen sich die Erziehungsarbeit teilen können, ohne Nachteile im Beruf und bei den Sozialversicherungen in Kauf nehmen zu müssen. Es braucht Teilzeitstellen, die sich im Lohn und in der Qualität nicht von Vollzeitstellen unterscheiden. Existenzsichernde Löhne bei voller Erwerbstätigkeit sind zwingend.

Armut

Armut ist nicht ein Problem von «Randgruppen», sondern kann jede:n treffen. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, Familien mit Kindern, schlecht Ausgebildete und ältere Menschen mit tiefer Rente. Armut ist keine Schande für die Betroffenen, wohl aber für ein reiches Land wie die Schweiz. Vor diesem Hintergrund steht für die SP fest: Wir fordern Mindestlöhne für alle, einheitliche Kinderzulagen, Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit (z. B. flächendeckende Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung), Massnahmen zur Unterstützung von einkommensschwachen Familien (z. B. Ergänzungsleistungen für Familien). Zudem braucht es ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe auf Bundesebene.

Asyl

SP und Gewerkschaften haben in ihrer Geschichte im In- und Ausland selbst immer wieder politische Unterdrückung erlebt. Auch deshalb ist für uns klar, dass wir das Recht auf Schutz vor Verfolgung und Gewalt immer verteidigen werden. Für Asylsuchende gibt es meist gleich mehrere Gründe, eine oft sehr gefährliche Reise auf sich zu nehmen und in einem anderen Land Schutz zu suchen: In vielen Ländern zwingen Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und die Klimakatastrophe Menschen zur Flucht. Für diese Menschen müssen legale Fluchtwege geschaffen werden. Mit dem Botschaftsasyl liesse sich viel Leid vermeiden: Menschen, die unsere Asylkriterien erfüllen, könnten bereits im Herkunftsland ein Asylgesuch stellen und müssten auf der Flucht nicht mehr ihr Leben riskieren. Es müssen weitere Fluchtgründe anerkannt werden und der Aufenthaltstatus F muss reformiert werden. Die Integration soll ab der ersten Stunde gestärkt werden. Die SP will zudem eine gemeinsame, europäische Asylpolitik. Nur so ist eine faire Verteilung der Lasten und der Geflüchtete auf die europäischen Staaten möglich.

Aufnahme von Migrant:innen

Der SP ist bewusst, dass – solange sich der Graben zwischen dem globalen Norden und Süden weiter vertieft – immer mehr Menschen in den reichen Norden reisen wollen. Gleichzeitig ist die Schweizer Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland und muss dieser Tatsache auf politischer Ebene mit entsprechenden Konzepten Rechnung tragen. Die Kriterien für die Aufenthaltsbewilligung müssen an ein Arbeitsverhältnis gekoppelt sein.

Bildung

Ausschlaggebend für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft eines Landes ist das Bildungswesen. Am nachhaltigsten wirken sich dabei die Investitionen in die Grundbildung aus. Ihre

Qualität bestimmt in entscheidendem Masse den Erfolg in den nachfolgenden Bildungsstufen und die Einstellung zur heute unumgänglichen Weiterbildung.

Unser Schulsystem mit seiner unentgeltlichen Volksschule ist in seinem Grundsatz gut und beispielhaft. Die Volksschule soll eine offene Schule für alle Schichten bleiben und weiterhin die Integration aller Kinder ermöglichen. Schulische Lernziele sollen sowohl die Fachkompetenz als auch soziale Fähigkeiten umfassen.

Die Anforderungen an die Berufsleute sind strenger geworden. Das hat zur Folge, dass die Berufsbildung anspruchsvoller geworden ist. Der schulische Anteil der Ausbildung nimmt in anspruchsvollen Berufen zu. Die Ausweitung des Berufsbildungsangebotes erfordert neue Lehrstellen. Damit die Unternehmen wieder mehr Ausbildungsplätze anbieten, brauchen wir einen Lastenausgleich zwischen Betrieben, die Lernende ausbilden, und solchen, die keine Lehrstellen anbieten.

Ein Studium muss weiterhin erschwinglich bleiben. Deshalb wehren wir uns gegen die Einführung eines Schulgeldes auf der Sekundarstufe II und gegen die Erhöhung der Studiengebühren an den Universitäten. Fort- und Weiterbildung werden künftig das Leben aller Menschen begleiten. Sie muss deshalb in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich sein.

Schliesslich: Die Bildung muss gesamtschweizerisch viel besser koordiniert und gesteuert werden – sowohl auf der Ebene der obligatorischen Schule als auch bei den Hochschulen. Die Zuständigkeit der Kantone darf nicht zu Lasten der Familien gehen, welche aus wirtschaftlichen Gründen immer mobiler sein müssen.

Europa

Für die SP ist eine Abschottung der Schweiz keine Option. Als Sozialdemokrat:innen verstehen wir uns als Teil Europas und des historischen Freiheits- und Friedensprojekt der europäischen Integration. Wir setzen uns seit jeher für gute und stabile Beziehungen zur Europäischen Union ein. Deshalb haben wir die bilateralen Verträge als Zwischenschritte und Kompromiss stets gestützt. Ohne Rahmenvertrag, der institutionelle Fragen klärt, ist dieser Weg nun aber blockiert. Die EU will keine weiteren Verträge mit uns abschliessen und wir haben den Zugang zu wichtigen EU-Programmen in der Bildung verloren. Wir müssen die institutionellen Fragen klären, um den bilateralen Weg aus der Blockade zu bringen.

Wir schlagen eine Strategie mit drei Phasen vor: Zuerst wollen wir ein Abkommen verhandeln, das auf fünf Jahre befristet ist, um die Beziehungen zu stabilisieren. Darin wollen wir die Teilnahme an den Kooperationsabkommen und einen Ausbau der schweizerischen Kohäsionsleistung regeln. Als nächstes braucht es Verhandlungen über ein engeres Abkommen aufgenommen werden, in dem es um den Zugang zum EU-Markt und um institutionelle Fragen geht. Gleichzeitig braucht es in der Schweiz ein Europa-Gesetz, das die innenpolitische Abstützung regelt. Ziel dieses zweiten Schrittes ist die «Assoziierung» - ein eigentliches Wirtschafts- und Kooperationspaket. Das ist eine notwendige Weiterentwicklung und Neubezeichnung des bisherigen bilateralen Wegs. Auch das ist für uns aber erst die zweitbeste Lösung.

Als dritter Schritt soll die Schweiz Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufnehmen. Für die SP ist klar, dass ein gut ausgehandelter EU-Beitritt die beste Option bleibt. Eine Mitgliedschaft bei der EU hat gute und schlechte Seiten. Bei einem gut ausgehandelten Beitritt überwiegen die Vorteile eindeutig. So könnte die Schweiz dort mitbestimmen, wo die Politik in und für Europa und somit auch für die Schweiz gemacht wird. Sie würde mit Rechten und Pflichten zum europäischen Friedens- und Integrationsprojekt beitragen und könnte in vielen Bereichen von einer progressiveren europäischen Politik profitieren. Damit schweizerische Errungenschaften erhalten und weiterentwickelt werden können, muss ein Beitritt aber gut ausgehandelt sein. Dabei sind insbesondere die Bereiche Lohnschutz, Service Public und direkte Demokratie wichtig.

Finanzen

Die SP setzt sich für einen ausgeglichenen Staatshaushalt ein. Nur ein effizienter und leistungsfähiger Staat kann ein sozialer Staat sein.

Um seine für unsere Gesellschaft wichtigen Funktionen wahrnehmen zu können, muss der Staat über ausreichende Einnahmen verfügen. Die SP ist gegen die Aushungerung des Staats durch Steuersenkungen. Wenn auf der Ausgabenseite gespart wird, dann muss dies sozialverträglich sein und darf die Erreichung der übergeordneten politischen Ziele nicht verhindern.

Bei den Steuern steht die Steuergerechtigkeit an oberster Stelle: Alle Arten von Einkommen und Vermögen müssen zur Gemeinschaft beitragen. Steuerschlupflöcher müssen gestopft werden. Steuerhinterziehung ist härter zu bestrafen.

In den letzten Jahren konnte die SP Schweiz eine Reihe von Steuerprivilegien für grosse Konzerne und Gutverdienende, die ein Loch in die Staatskasse gerissen hätten, mit Referenden verhindern. Neu gibt es zudem einen internationalen Standard zur Besteuerung von Konzernen. Auch wenn wir mit der Umsetzung in der Schweiz unzufrieden sind, ist das ein wichtiger Schritt gegen den schädlichen Steuerwettbewerb.

Gesundheit

Die SP setzt sich dafür ein, dass die qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung der Schweiz für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich ist und bleibt.

Das heutige, unsoziale System von Kopfprämien bei den Krankenkassen führt vermehrt zu enormen finanziellen Belastungen. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Die SP fordert deshalb ein Prämienverbilligungssystem, das Personen in einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen und insbesondere Familien wirksam entlastet.

Darüber hinaus braucht es kostenlenkende und kostendämpfende Massnahmen. Die SP fordert Preissenkungen bei den Medikamenten, Bundeskompetenz bei der Koordination der Spitzenmedizin und eine interkantonale Spitalplanung. Die Explosion der Krankenkassenprämien muss mit wirksamen Kostenkontrollen im Gesundheitswesen eingedämmt werden, ohne die Qualität der Gesundheitsversorgung zu gefährden. Dazu müssen Medikamentenpreise gesenkt, die Grundversorgung und die Prävention gestärkt und der Profitlogik im Gesundheitssystem ein Ende gesetzt werden.

Gleichstellung

Die lückenlose Umsetzung des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung ist eines der zentralen Ziele der SP Schweiz. Leider ist der Bedarf an Veränderungen zu Gunsten der echten Gleichberechtigung aller Geschlechter immer noch gross. Die SP setzt sich sowohl für die rechtliche als auch für die wirtschaftliche Gleichstellung ein, im Besonderen für die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und für die Lohngleichheit. Für die SP ist wichtig, dass die Teilzeitarbeit aufgewertet wird, sodass Familien- und Hausarbeit nicht automatisch zu einem Karriereknick führen. Dringend nötig sind darum zum Beispiel mehr Kitas und Tagesschulen, Elternzeit und eine gerechte Anpassung bei den Sozialversicherungen. Dass das hartnäckige Engagement der SP zum Erfolg führen kann, zeigt die Annahme der Mutterschaftsversicherung im September 2004. Auf dem Buckel der Frauen ausgetragene Gleichstellung, wie zum Beispiel die Erhöhung des Rentenalters für Frauen, lehnt die SP ab.

Ein grosser Erfolg war 2023 die Annahme des neuen Sexualstrafrechts, das den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung massiv verbessert.

Integration

Integration steht für den Austausch zwischen Personen unterschiedlicher Kulturen. Sie betrifft alle – Ausländer:innen und Schweizer:innen. Die Chancengleichheit muss das Ziel jeder Integrationspolitik sein. Ausländer:innen sollen in die öffentlichen und privaten Netze eingebunden werden und freien Zugang zu gemeinsamen Gütern, z. B. zum Bildungs- und Gesundheitswesen, haben. Sie sollen ermutigt werden, eine Landessprache zu lernen und ein entsprechendes Angebot vorfinden. Ausserdem sollen Ausländer:innen am politischen Entscheidungsprozess teilnehmen können.

Verkehr

Eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik muss dazu beitragen, dass der Autoverkehr sowohl in den Städten als auch in den Agglomerationen abnimmt. Die Mobilität muss stärker auf den öffentlichen Verkehr verlagert werden und der Fuss- und Veloverkehr müssen gefördert werden. Der

langfristige Erhalt und Ausbau des Schienennetzes ist aus sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht von grösster Bedeutung. Er verbindet die Regionen und ist damit für den Zusammenhalt der Schweiz zentral. Der öV ist ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancengleichheit in den unterschiedlichen Landesteilen. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss quantitativ und qualitativ so gut sein, dass es für alle Menschen im ganzen Land eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr (Auto) darstellt. Dies ist auch im Interesse unserer Umwelt.

Ein weiteres wichtiges Ziel der schweizerischen Verkehrspolitik ist die Verlagerung des Gütertransitverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Dies soll vor allem im Interesse der Umwelt, der Gesundheit der Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit des Strassennetzes geschehen. In diesem Sinn sind die Schweiz und ihre Wirtschaft auf eine starke Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene angewiesen.

Das Leistungsangebot des öV muss so attraktiv wie möglich werden. Das bedeutet u. a.: dichtere Taktfrequenzen, schnellere Verbindungen, Ausbau der S-Bahn-Netze in den Agglomerationen sowie Anbindung an das europäische Eisenbahnnetz.

Service public

Als Service public bezeichnet man die Aufgabe des Staates, allen Menschen im Land einen flächendeckenden, zuverlässigen und erschwinglichen Zugang zu grundlegenden Infrastrukturen, Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen. Etwa im Bereich der Gesundheit, der Kommunikation oder im öffentlichen Verkehr.

Die SP setzt sich für einen gut ausgebauten Service public ein, welcher der ganzen Bevölkerung in allen Regionen auf dem jeweils neuesten Stand der Technik und zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht. Die SP setzt sich auch für die Erhaltung der staatlichen Unternehmen ein. Privatisierungen bringen keine Effizienzgewinne und keine Fortschritte für die Konsument:innen, dafür schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. «Natürliche Monopole» wie z. B. Wasser, öffentlicher Verkehr oder Strom gehören grundsätzlich in die öffentliche Hand.

Dem Service public zuzurechnen sind (nebst den klassischen Bereichen wie öffentliche Sicherheit, Umweltschutz und Raumordnung, Justiz etc.) namentlich auch:

- Bildung und Forschung
- Gesundheit
- Familienergänzende Kinderbetreuung
- Soziale Sicherheit
- Kultur
- Öffentlicher Verkehr

Im Zentrum stehen dabei Chancengleichheit, Transparenz und Solidarität. Zudem verpflichten Gesetze die Leistungserbringer im Service public zur Einhaltung vorbildlicher Arbeitsbedingungen. Dazu gehören nebst Gesamtarbeitsverträgen, der Gleichstellung der Geschlechter, einem fortschrittlichen Aus- und Weiterbildungsangebot auch ein zukunftsorientiertes Lehrlingswesen sowie die Rücksichtnahme auf die Umwelt.

Soziale Gerechtigkeit

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Schweiz wieder sozialer wird. Soziale Gerechtigkeit muss dabei auf zwei Pfeilern stehen: Sicherheit und Perspektiven.

Pfeiler 1: Sicherheit

Menschen haben ein Anrecht auf soziale Sicherheit. Auch wenn sie aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes, eines persönlichen Schicksalschlags oder wegen wirtschaftlichen Umwälzungen vorübergehend oder dauerhaft nicht für ihr Einkommen aufkommen können. Hier muss der Sozialstaat eingreifen und entsprechende Hilfeleistungen bereitstellen. Die Schweiz hat gut ausgebauten Sozialwerke. Damit das auch so bleibt, muss verhindert werden, dass diese abgebaut und Renten gekürzt werden. In den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft aber verändert und neue soziale Probleme sind hinzugekommen. Diesen Veränderungen muss Rechnung getragen werden: Die Sozialwerke müssen angepasst und modernisiert werden. Die bestehenden Strukturen müssen überdacht und gegebenenfalls neu koordiniert werden.

Pfeiler 2: Perspektiven

Um soziale Gerechtigkeit garantieren zu können, muss der Staat alles unternehmen, um soziale Notlagen zu verhindern. Nebst der Absicherung muss die Sozialpolitik den Menschen Perspektiven eröffnen, die sie in ihrer Position stärken und Herausforderungen überwindbar machen.

Die beiden Pfeiler stehen eng zusammen: Wenn nicht genügend in den Pfeiler «Perspektiven» investiert wird, wirkt sich das umgehend auf die Sicherheit der Bevölkerung aus: So sind Investitionen in eine gute Ausbildung und dabei begleitende Unterstützungsmassnahmen durch den Staat wesentlich billiger als die Bereitstellung von Sozialhilfe. Kurz: Mit einer Politik, die sich um die Vermeidung von Notlagen kümmert, können wir menschliches Leid abwenden und Kosten sparen.

Umwelt & Klima

Die SP ist eine rot-grüne Partei. Ihre «roten» Werte – der Einsatz für Gerechtigkeit und Chancengleichheit gegen Benachteiligung und Ausbeutung – gelten, übersetzt, genauso für den Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt: Begrenzte Ressourcen sollen nicht geplündert werden, jedes Leben verdient Achtung und Schutz, unsere Lebensgrundlagen dürfen keinem Gewinnstreben geopfert werden.

Die Klimakrise zeigt es deutlich: Unser Umweltverhalten hat Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen, im positiven wie im negativen Sinn. Die Bevölkerung muss möglichst vor schädlichen Emissionen geschützt werden. Die Luftreinhalte-, die Lärmschutz- und die Gewässerschutzverordnung setzen dafür die Grenzwerte fest. Diese müssen zwingend eingehalten werden. Dies ist bisher nicht immer in genügendem Mass der Fall.

Mit der Annahme des Klimaschutz- und Investitionsgesetzes im Sommer 2023 hat auch die Schweizer Bevölkerung den Pariser Klimazielen zugestimmt. Nun muss die Dekarbonisierung der Wirtschaft und des Finanzplatzes vorangetrieben werden. Dazu gehört ein massiver und sofortiger Ausbau der erneuerbaren Energien. Ein Umsteigen auf erneuerbare Energien schont nicht nur Umwelt und Klima, sondern führt durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen auch zu Wertschöpfung und Wohlstand im Inland. Inländische erneuerbare Energien weisen den Weg zur Versorgungssicherheit unabhängig vom Ausland.

Die Schweiz als reiches Land mit einem sehr grossen CO₂-Fussabdruck muss alles daransetzen, die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Eng mit der Klimakrise verknüpft ist die Biodiversitätskrise, die wir ebenso ernst nehmen müssen wie die Klimakrise. Dies gilt es in der Raumplanung und auch beim Zubau erneuerbarer Energien zu berücksichtigen. Das Verbandsbeschwerderecht im Natur- und Umweltschutz darf nicht aufgeweicht werden. Klima und Biodiversität dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wichtig sind uns auch der Erhalt von Natur- und Landschaftsparks in ländlichen Regionen, ein umfassender Hochwasserschutz, der Artenschutz und die Umsetzung von Umweltprogrammen auf allen Ebenen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch kommende Generationen eine intakte und lebenswerte Umwelt vorfinden.

Wirtschaft

Die schweizerische Wirtschaft wandelt sich immer schneller zu einer Dienstleistungswirtschaft. Die Arbeitsplätze im industriellen Sektor gehen verloren bzw. werden in Billiglohnländer ausgelagert. Dagegen werden im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Hochtechnologie neue Arbeitsplätze geschaffen. Arbeitskräfte mit immer anderen Qualifikationen sind gefragt. Kaum aus der Lehre, gibt es den Beruf nicht mehr. Der Strukturwandel verlangt ständige Weiterbildung und Umschulung der Arbeitskräfte. Ein gutes Bildungswesen und qualifizierte Arbeitskräfte sind heute wichtig für eine florierende Wirtschaft. Die SP verlangt deshalb vom Staat, dass er im Bildungswesen investiert statt spart. Die globale Finanzkrise hat ausserdem gezeigt, dass unsere Wirtschaft wieder mehr in erneuerbare und zukunftsfähige Bereiche investieren muss. Es braucht eine Neuorientierung der Wirtschaft. Statt auf Profit und Gewinn muss zukünftig auf die Umwelt und die Gesellschaft geachtet werden. Die Wirtschaft sollte den Bedürfnissen der Menschen entsprechen und nicht umgekehrt. Die Wirtschaft muss also ökologischer und sozialer gestaltet werden

Dazu gehört auch, dass die Kaufkraft in den nächsten Jahren wieder erhöht wird. Die bürgerliche Politik hat zu einem Rückgang der Kaufkraft geführt. Die Kosten für den Lebensunterhalt, sind gestiegen und

wirtschaftliche Erfolge wirken sich kaum auf unsere Einkommen aus. Das muss sich ändern. Die SP fordert deshalb einerseits, dass die Löhne und Renten in den nächsten Jahren wieder steigen. Andererseits müssen die Haushaltskosten reduziert werden. Die hohen Preise für Lebenskosten, Mieten und Krankenkassen müssen eingedämmt werden.

Der globalisierte Kapitalismus führt immer mehr zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Der Staat verliert an Macht, die Demokratie an Boden und die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Internationale Finanzmärkte werden zusehends zum Taktgeber gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen. Wir sind deshalb überzeugt, dass es an der Zeit ist, die Wirtschaft zu demokratisieren.

SP Frauen Schweiz

Die SP Frauen sind Teil der sozialdemokratischen Bewegung und Partei in der Schweiz, welche sich aus diversen Gremien und Persönlichkeiten zusammensetzt und eine bewegende Geschichte seit dem 20. Jahrhundert durchgelebt hat.

Sie verstehen sich als progressive Bewegung des sozialdemokratischen Feminismus. Ihre Ziele sind die Emanzipation der Frauen und die politische, ökonomische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung aller Geschlechter. Positive Massnahmen zur Umsetzung der Frauenrechte und zur Verhinderung der Diskriminierung aller Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer sexuellen Orientierung stehen dabei im Zentrum ihrer politischen Arbeit. Sie tragen dazu bei, politisch engagierte Frauen zu stärken, machen sie sichtbar und bieten ihnen eine Plattform.

Die Ziele und Aufgaben der SP Frauen Schweiz

Die Sozialdemokratischen Frauen der Schweiz setzen sich die Chancengleichheit in Partei und Gesellschaft zum Ziel. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

- Die Interessen und Forderungen von Frauen in der politischen Willensbildung innerhalb und ausserhalb der Partei vertreten und durchsetzen.
- Die politische Arbeit von Frauen durch die Erarbeitung frauenspezifischer Positionen und durch Bildungsangebote stärken.
- Zusammen mit Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen der schweizerischen Frauenbewegung Forderungen entwickeln und durchsetzen.
- Eine Plattform für Diskussionen unter Frauen bilden und die Meinungsvielfalt nach aussen darstellen.
- Eintreten für eine gerechte Verteilung aller politischen Mandate zwischen Frauen und Männern.
- Unterstützung, Stärkung und Vernetzung der SP Frauen schweizweit auf allen Ebenen.

Die Organisation der SP Frauen Schweiz

- Die Mitgliedschaft bei den SP Frauen Schweiz ist für alle Personen möglich, die sich – unabhängig ihres bei der Geburt eingetragenen Geschlechts und ohne Rücksicht auf die vorherrschenden gesellschaftlichen und sozialen Normen – als Frauen verstehen.
- Eine Mitgliedschaft ist ohne Parteimitgliedschaft möglich. Sofern die Strukturen und die Tätigkeiten betroffen sind, steht Antrags- Stimm- und Wahlrecht nur Parteimitgliedern zu.
- Die SP Frauen können lokale Sektionen, regionale oder kantonale Organisationen bilden.
- Die SP Frauen können Arbeitsgruppen bilden, die allen Geschlechtern offenstehen.

Die Organe der SP Frauen Schweiz sind:

- Die Mitgliederversammlung der SP Frauen Schweiz.
- Die Geschäftsleitung der SP Frauen Schweiz, welche aus dem Co-Präsidium, der Zentralsekretärin und acht Mitgliedern besteht.
- Das Präsidium der SP Frauen Schweiz, welches aus zwei Co-Präsidentinnen besteht.
- Das Zentralsekretariat der SP Frauen Schweiz, welches mit einer 60 Prozent Stelle besetzt ist.

Die Kompetenzen und Aufgaben der Organe können im [Reglement der SP Frauen Schweiz](#) nachgelesen werden.

Die SP-Frauen haben eine eigene Geschichte

1889/90	Die ersten Verbände von Arbeiterinnen entstehen.
1912	Die Arbeiterinnenverbände schliessen sich der SP Schweiz an. Seither treffen sich die SP Frauen in eigenen Konferenzen. Der Parteitag beschliesst, sich für das Frauenstimm- und -wahlrecht einzusetzen.
1917	Die Arbeiterinnenverbände lösen sich auf. Die Frauen werden SP-Mitglieder mit dem Recht, sich in eigenen Strukturen zu organisieren. Die ZFAK – die schweizerische Frauenagitationskommission – wird gegründet.
1933	Das erste SP Frauen Sekretariat wird eingerichtet.
1949	Die ZFK – die Zentrale Frauenkommission – ersetzt die ZFAK.
1959/71	Die SP Frauen engagieren sich in den Abstimmungskampagnen für das Frauenstimm- und -wahlrecht.
1983	Die Nicht-Wahl der offiziellen Bundesratskandidatin Liliane Uchtenhagen hat einen ausserordentlichen Parteitag zur Frage der Regierungsbeteiligung der SP zur Folge.
1984	Eine leidenschaftlich geführte Diskussion unter den SP Frauen führt zum Entscheid, dass die Frauenstrukturen vorderhand nicht aufgelöst werden.
1986	Der Parteitag beschliesst die parteiinterne Quotenregelung: Jedes Geschlecht muss mit mindestens einem Drittel in den Parteigremien und auf den Wahllisten vertreten sein.
1991	Der Parteitag verabschiedet ein Manifest zu «Zehn Jahre Gleichberechtigung – und noch nicht weiter! Zehn Tatsachen: 1991-2001»
14. Juni 1991	Die SP Frauen beteiligten sich am Schweizer Frauenstreik vom 14. Juni 1991, an dem gegen eine halbe Million Schweizer Frauen ihre Arbeit während eines Tages niederlegten. Motto des Streiks war «Wenn frau will, steht alles still». Anlass war das 10-jährige Bestehen des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau». In verschiedensten Aktionen wurde der Unmut der Schweizer:innen über die Verzögerungstaktik des Bundesrates bei Gleichstellungsthemen ausgedrückt.
Wahlen 1991	Der Anteil der kandidierenden Frauen auf den SP-Wahllisten beträgt im schweizerischen Durchschnitt 46,5 Prozent – also fast die Hälfte der Kandidierenden. Dennoch gehen die SP Frauen leer aus: Sie erhalten keinen einzigen neuen Sitz. Der Frauenanteil in der SP-Fraktion beträgt 28 Prozent.

-
- 1992** Der Parteitag beschliesst, die parteiinterne Frauenquote auf 40 Prozent zu erhöhen. Die Statutenrevision der SP Schweiz löst neuerdings eine Diskussion über das Bestehen und Wirken der Sozialdemokratischen Frauen als eigenständige Organisation aus.
- 1993** Die Nichtwahl der offiziellen Bundesratskandidatin Christiane Brunner löst den Protest Tausender von Frauen aus. Sie protestieren gegen die Machtdemonstration der bürgerlichen Männermehrheit im Parlament. Nach einem turbulenten Wahlprozedere zieht mit Ruth Dreifuss erstmals eine SP-Frau in den Bundesrat ein.
- 1994** Der Parteitag verabschiedet neue Statuten. Weibliche Mitglieder gehören weiterhin zu den Sozialdemokratischen Frauen der Schweiz, wenn sie dies per Unterschrift deklarieren. Die Zentrale Frauenkommission heisst neu «Frauenvorstand». Die Geschäftsleitung der SP Schweiz besteht erstmals in der Geschichte mehrheitlich aus Frauen.
- 1995** Das Schweizer Volk sagt Ja zur 10. AHV-Revision. Wichtige Errungenschaften wie Splitting und Erziehungs- und Betreuungsgutschriften wurden während Jahren durch SP Frauen erkämpft. Die SP Frauen werden sich im Rahmen der 11. AHV-Revision gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen einsetzen.
- Wahlen 1995** Mit dem Slogan «SP Frauen reden Klartext. Von A bis Z» steigen die SP Frauen mit einer eigenen Wahlplattform mit Legislaturzielen für 1995 bis 1999 in die Wahlen. Besondere Massnahmen zur Verbesserung der Wahlchancen von Frauen gibt es in allen Kantonen durch die Gestaltung der Wahllisten und durch spezielle Frauenwahlkampagnen.
Rekordzahlen bei den Kandidaturen: Der Frauenanteil auf SP-Listen beträgt durchschnittlich rund 48 Prozent, 7 SP Frauen und 7 SP Männer kandidieren für den Ständerat. In der SP-Fraktion beträgt der Frauenanteil neu 36 Prozent.
- 1996** Am 27. Januar 1996 verabschiedet der Parteivorstand das neue Reglement der SP Frauen Schweiz, welches es Frauen ermöglicht, Mitglied der SP Frauen Schweiz zu sein, ohne jedoch der Gesamtpartei anzugehören. Zudem verfügen die SP Frauen erstmals über ein autonomes Budget. Am 1. Juli 1996 tritt das Gleichstellungsgesetz in Kraft. Der Parteitag stimmt einem Antrag der SP Frauen zur Erarbeitung eines parteiinternen Gleichstellungskonzeptes zu und wählt mit Barbara Haering erstmals eine Generalsekretärin.
Am 28. Juni 1997 wird Ursula Koch zur ersten Präsidentin der SP Schweiz gewählt.
- 9. Dezember 1998** Das Parlament wählt mit Ruth Dreifuss die erste Bundespräsidentin der Schweiz.
- Wahlen 1999** Mit dem Slogan «Teilen ist Zukunft» steigen die SP Frauen in die nationalen Wahlen. Trotz zahlreicher Massnahmen für die Kandidat:innen beträgt der Frauenanteil in der Bundeshaus-Fraktion der SP – wie vor den Wahlen – 39 Prozent.
- 2002** Mit grossem Engagement beteiligen sich die SP Frauen an der Abstimmungskampagne für die Fristenregelung bei Abtreibungen. Am 2. Juni wird die Vorlage vom Schweizer Volk mit einem überwältigend klaren Ja-Anteil angenommen.
- 4. Dezember 2002** Nach dem Rücktritt von Ruth Dreifuss wird die Genferin Micheline Calmy-Rey zur neuen SP-Bundesrätin gewählt.
- Wahlen 2003** Das Ziel der Parität in der SP-Bundeshausfraktion ist fast erreicht: 46 Prozent der SP Nationalrät:innen und 44 Prozent der SP Ständerät:innen sind Frauen.
- 2004** Christiane Brunner tritt als Präsidentin zurück. Als junge Vertreterin der Frauen wird Ursula Wyss ins Vizepräsidium der SP Schweiz gewählt. Die weitere

-
- Erhöhung des Frauenrentenalters wurde an der Urne erfolgreich bekämpft. Das Stimmvolk stimmt der Mutterschaftsentschädigung zu.
- 2005** Die SP Schweiz intensiviert ihre Aktivitäten zur Gleichstellung: Sie erarbeitet einen Masterplan zum Thema, der in die Parlamentsarbeit einfließt. Ebenfalls beteiligt sie sich an einem nationalen Projekt «Gleichstellungs-Controlling» – insbesondere auch in Hinblick auf die Wahlen 2007.
- Wahlen 2007** Die SP Frauen führten zum ersten Mal keinen eigenen, sondern einen so genannten gleichstellungskonformen Wahlkampf, der mit dem oben erwähnten Gleichstellungs-Controlling gesichert wurde. Bei den Wahlen haben die SP Frauen verloren: Während der Anteil der Frauen im Parlament auf 29 Prozent (vorher: 25 Prozent) gestiegen ist, beträgt der Anteil der Frauen an der SP Fraktion nur noch 42 Prozent (vorher: 49 Prozent).
- 2017** Die SP Frauen feiern ihr 100-jähriges Jubiläum. Unter dem Co-Präsidium von Natascha Wey und Martine Docourt entsteht das [«Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie»](#), ein wegweisendes Grundlagendokument, welches an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 17. Oktober 2017 verabschiedet wird.
- 2018** Die SP Schweiz ruft am 14. Juni 2018 das «Frauenjahr» aus. Verschiedene Aktionen und politische Vorstösse zur Gleichstellung verleihen den Anliegen der Frauen Nachdruck und setzen das Thema des Frauenstreiks 2019.
- 2019** Am 14. Juni 2019 gehen am zweiten Feministischen Streik schweizweit eine halbe Million Menschen für die Gleichberechtigung auf die Strasse. Die SP Frauen sind an vorderster Front dabei und beteiligen sich in den lokalen Streikkomitees an der Organisation. An der Mitgliederversammlung vom 23. März 2019 werden vier zentrale Streikforderungen verabschiedet: Unentgeltliche Kitapätze für alle, verbindliche Massnahmen zur Lohngleichheit, eine bessere Entlohnung der sogenannten «Frauenberufe» und eine gleichberechtigte Elternzeit.
- Wahlen 2019** Die nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019 sind für die SP Frauen ein Erfolg. Obwohl die Partei insgesamt leider Sitze verliert, stellen die Frauen neu 54.2 Prozent der gesamten SP Fraktion: 64.1 Prozent im Nationalrat, 33.3 Prozent im Ständerat.
- 16. Juni 2023** Das neue Sexualstrafrecht wird verabschiedet, das den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung massiv verbessert. Neu reicht die explizite, implizite, verbale oder nonverbale Ablehnung oder eine Schockstarre aus, damit eine Vergewaltigung anerkannt wird. Die Vergewaltigungsdefinition ist endlich geschlechtsneutral formuliert und Täter:innenarbeit für Verurteilte wird ermöglicht.
- 2023** Die SP Frauen fordern in einer Kampagne eine wesentliche Reduktion der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn. Damit könnte die unbezahlte Arbeit gerechter verteilt und die Überbelastung von Erwerbstätigen verringert werden.



JUSO Schweiz

Die Schweizerischen Jungsozialist:innen (JUSO) sind die Jugendorganisation der SP Schweiz. Im Gegensatz zu anderen Jungparteien sind nicht alle SP-Mitglieder unter 35 Jahren automatisch JUSO-Mitglieder, sondern nur solche, die freiwillig Mitglied geworden sind. Viele JUSOs sind auch Mitglieder der SP Schweiz, das ist aber keine Voraussetzung. Das Durchschnittsalter liegt etwas unter 25 Jahren und somit massiv tiefer als bei ähnlichen Organisationen sowohl im In- als auch im Ausland. Die JUSO Schweiz hat über 4200 Mitglieder in rund 42 Sektionen. Etwa 44 Prozent der JUSOs sind weiblich, gut 2 Prozent identifizieren sich mit keinem oder einem nicht-binären Geschlecht.

Organisation und Aufbau

Jahresversammlung

Oberstes Organ der JUSO Schweiz ist die Jahresversammlung (JV). Diese tagt einmal jährlich und erledigt die statutarischen Geschäfte, wählt somit auch die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz und die JUSO-Vertretung in der Geschäftsleitung der Mutterpartei (1 Sitz). Für sämtliche Wahlen gilt die Geschlechterparität.

Die Jahresversammlung setzt auch die politischen Prioritäten für das laufende Jahr fest und verabschiedet das Budget. An der Jahresversammlung sind alle JUSO-Mitglieder stimm- und wahlberechtigt.

Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) tagt fünf Mal pro Jahr und ist für die Festlegung kurz- und mittelfristiger politischer Aktivitäten verantwortlich, fasst Parolen, beschliesst über kurzfristige Kampagnen und Aktionen und wählt bei vorzeitigem Rücktritt von Geschäftsleitungsmitgliedern oder dem Zentralsekretariat deren Ersatz. Die Delegiertenversammlung ist auch der Ort, an dem die JUSOs über aktuelle Ereignisse und politische Begebenheiten diskutieren, Referent:innen einladen, über Lösungen diskutieren. Die Delegiertenversammlung wählt jährlich vier DV-Vorsitzende, welche die Delegiertenversammlungen abwechselungsweise zu zweit zweisprachig leiten. An der Delegiertenversammlung sind alle JUSO- Delegierte aus den Sektionen stimmberechtigt.

Osterlager und Sommerlager

Zwei Mal im Jahr finden Bildungslager statt. Die Osterlager werden jeweils von Zusammenschlüssen von Sektionen organisiert, das Sommerlager wird von der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz organisiert. An den Osterlagern dürfen jeweils die Mitglieder der organisierenden Sektionen teilnehmen, das Sommerlager steht allen JUSO-Mitgliedern zur Teilnahme offen. Integraler Teil dieser Lager ist die Bildung in Form der fünf aufeinander aufbauenden «Warum sind wir Sozialist:innen»-Workshops (WSWS). Ebenso werden in diesen Lagern weitere Bildungskurse und Diskussionsrunden gehalten. Die Lager haben ebenfalls einen geselligen Teil und dienen der interkantonalen und nationalen Vernetzung.

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung (GL) ist zuständig für die Vorbereitung und Planung von Delegiertenversammlungen, Jahresversammlungen und vom Sommerlager. Sie koordiniert auch die Arbeit zahlreicher Arbeitsgruppen, ist für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und erledigt die Aufträge von Delegiertenversammlung und Jahresversammlung. Gleichzeitig trifft sie sehr kurzfristige Entscheidungen, wenn dies aus terminlichen Gründen für die Delegiertenversammlung nicht möglich ist. Die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz besteht aus 9 Mitgliedern.

Sekretariat

Das Sekretariat ist die Drehscheibe für Informationen und die gesamte Administration. Es erledigt die Aufträge von JV, DV und GL, arbeitet mit den jeweiligen «Ressortchef:innen» in der GL in ihren Arbeitsbereichen zusammen und erledigt dabei die administrativen Aufgaben. Geführt wird das Sekretariat durch vom Zentralsekretariat. Das Zentralsekretariat besteht aus einem:r Zentralsekretär:in und einem:r Vize-Zentralsekretär:in. Diese werden alle zwei Jahre an der Jahresversammlung gewählt. Die Anstellungsbedingungen, insbesondere Arbeitszeit, Probezeit, vorzeitige Kündigung sowie Entschädigung, werden vertraglich geregelt. Zusätzlich beschäftigt die JUSO Schweiz zwei weitere Sekretariatsangestellte zu einem tiefen Stellenpensum und bietet ein Praktikum an. Der:die jeweilige Zentralsekretär:in ist neben den administrativen Arbeiten aber auch für politisch inhaltliche Arbeiten zuständig. Dabei ersetzt er:sie beim Ausfall eines GL-Mitgliedes dieses bis zur Wahl einer neuen Person. Das Sekretariat führt die neuen GL-Mitglieder in ihre Arbeitsbereiche ein, hilft den Sektionen – besonders neuen und unerfahrenen – bei der Vermittlung von Wissen und Know-how. Es animiert und motiviert interessierte Jugendliche, neue Sektionen zu bilden und unterstützt bestehende bei deren Entwicklung und bei der Gewinnung neuer Mitglieder. Das Sekretariat ist verantwortlich für die Einladungen an JV, DV und GL.

Ressorts

Ressorts sind Arbeitsgruppen, die für einen bestimmten Teil der Parteiarbeit der JUSO zuständig sind. Sie funktionieren selbstständig und sollen die Geschäftsleitung entlasten. Sie bieten eine weitere Möglichkeit für Mitglieder, sich zu organisieren. Es gibt die Ressorts

- Internationales
- Sektionsstärkung
- Bildung

Die Ressorts sind unterschiedlich organisiert, werden aber alle von einer **Ressortleitung** geleitet, die von der Delegiertenversammlung gewählt wird.

Projektgruppen

Projektgruppen sind zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen, die sich um ein konkretes Inhaltliches Thema kümmern. Sie werden von der Geschäftsleitung geschaffen und geleitet.

Die Geschichte der JUSO

- Einst** Im Umfeld der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei) entstanden Kinder- und Jugendorganisationen. Für Schüler:innen organisierten die Kinderfreunde und die Roten Falken an schulfreien Tagen Zusammenkünfte und in den Ferien Lager. Diese Organisationen wollten den Jugendlichen aus den Arbeiterfamilien gemeinsames Tun, gemeinsames Erleben zu günstigen Bedingungen ermöglichen. Zum Teil wurden für die Zusammenkünfte und die Ferien Häuser errichtet. Zudem entstanden auch Jugendgruppen, die sich politisch betätigten, wie beispielsweise die «Vereinigung gleichgesinnter Arbeiterjünglinge zum Zwecke der Belehrung und der Freundschaft» (Jungburschen).
- 1906** Formation der Jungsozialisten zum «Verband schweizerischer Jungburschen», der eigentlichen Vorreiterorganisation der JUSO.
- 1911** Aufnahme von Frauen in die Organisation, die Jungburschen nennen sich fortan «Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz».
- 1919-1922** Anschluss an die internationale kommunistische Jugendpartei
- 1928** Gründung des Landesverbandes Sozialistischer Kinderfreunde Organisationen (LASKO), bestehend aus Elterngruppen und Roten Falken.
- 1943** Umbenennung in «Sozialdemokratische Jugend» (SDJ)
- 1946** Beitritt zur International Union of Socialist Youth
- 1961** Gründung der Vereinigung Junger Sozialdemokraten (VJS) als Jungpartei der SP Schweiz
- 1971** Gründung der Schweizerischen Jungsozialisten (Seit 1991 JungsozialistInnen Schweiz) und Auflösung der VJS.
- 1997** Wahlerfolge: Ursula Wyss wird erste JUSO-Grossrätin (Ersatzwahl).
- 1998** auf der SP-Liste wurden 3 JUSO-Vertreterinnen in den bernischen Grossen Rat gewählt (Ursula Wyss, Mirjam Bütler und Evi Allemann).
- 1999** Vertreterin aus dem Kanton Bern wird in den Nationalrat gewählt (Ursula Wyss)
- 2003** Ursula Wyss wird wiedergewählt und zusätzlich erobert Evi Allemann einen Sitz im Nationalrat
- 2008** Mit Cédric Wermuth wird zum ersten Mal seit den 1980er-Jahren wieder ein Präsidium gewählt. Die Mitgliederzahl steigt auf 3000 Personen.
- 2013** Die 2009 von der JUSO lancierte 1:12-Initiative kommt zur Abstimmung. Die JUSO setzt sich dabei für gerechte Löhne und gegen Abzockerei ein.
- 2021** Im September kommt die 99 Prozent-Initiative an die Urne, die 2016 unter dem Präsidium von Tamara Funicello lanciert wurde. Mit diesem Projekt wird auf die riesigen Einkommensunterschiede aufmerksam gemacht.
- 2024** Die JUSO reicht 140'00 Unterschriften für ihre «Initiative für eine Zukunft» ein. Sie wollen auf Erbschaften über 50 Millionen Franken eine Steuer von 50 Prozent erheben, um damit einen sozial verträglichen Klimaschutz zu finanzieren.
- Heute** Die politisch aktiven Jugendlichen sind in der JUSO zusammengeschlossen. Sie gliedern sich in Sektionen, Kantonalparteien und sind in der JUSO Schweiz zusammengeschlossen. Die JUSO hat ein ständiges Sekretariat. Die Hauptkosten werden von der SP Schweiz getragen. Politisch ist die JUSO von der Mutterpartei unabhängig. Sie ist aber auf allen Parteiebenen durch Delegierte vertreten und bestimmt die Politik der SP mit. Die JUSO stellt auch bei Wahlen eigene Kandidat:innen. Die JUSO befasst sich mit allen politischen Themen. Nicolas Siegrist ist seit 2022 Präsident der JUSO Schweiz.

Anhänge

Anhang 1: Kurze Einführung in die Schweizer Politik

(Basierend auf «Der Bund kurz erklärt», einer Publikation der Schweizer Bundeskanzlei:
<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/der-bund-kurz-erklaert.html>)

Politische Ebenen der Schweiz

Die Schweiz ist ein föderalistischer Staat: die Macht ist zwischen dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden aufgeteilt. So kann die Schweiz trotz verschiedenen Sprachen, Religionen und regionalen Eigenheiten als Einheit bestehen.

Bund

Seit 1848 ist die Schweiz ein Bundesstaat, bezeichnet auch als «Eidgenossenschaft» oder als «Bund». Die Bundesverfassung legt die Aufgaben des Bundes fest. Dazu gehören u. a. die Beziehungen zum Ausland, die Landesverteidigung, das Nationalstrassennetz und die Kernenergie. National- und Ständerat bilden das eidgenössische Parlament, die Landesregierung besteht aus sieben Bundesräten, das Bundesgericht stellt die nationale Rechtsprechung sicher. Zu seiner Finanzierung erhebt der Bund u. a. die direkte Bundessteuer.

Kantone

Der Bund besteht aus 26 Kantonen, auch «Stände» genannt. Jeder Kanton hat ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung, eigene Gerichte und eine eigene Verfassung. Diese darf der Bundesverfassung nicht widersprechen. Die Kantone setzen die Vorgaben des Bundes um, gestalten ihre Tätigkeit aber nach eigenen Bedürfnissen. Grossen Gestaltungsspielraum haben sie z. B. im Schul- und Spitalwesen, im Bereich Kultur sowie bei der Polizei. Jeder Kanton erhebt zu seiner Finanzierung kantonale Steuern.

Gemeinden

Die 26 Kantone sind in aktuell etwa 2100 Gemeinden gegliedert. Jeder Kanton regelt die Aufgabenteilung zwischen sich und seinen Gemeinden selbst. Zu den Aufgaben von Gemeinden gehören z. B. die Ortsplanung, der Schulbetrieb, das Fürsorgewesen und die Feuerwehr. Grössere Gemeinden und Städte haben Parlamente und Volksabstimmungen. In kleineren Gemeinden entscheiden die Bürger:innen an Gemeindeversammlungen über politische Vorlagen. Jede Gemeinde zieht Gemeindesteuern ein.

Politische Organisation der Schweiz

In der Schweiz herrscht Gewaltenteilung. Das Volk ist die oberste politische Instanz. Es wählt das Parlament, welches für die Legislative verantwortlich ist. Beim Bund wählt das Parlament wiederum die Regierung und das oberste Gericht. In Kantonen und Gemeinden wird die Regierung meistens direkt vom Volk gewählt. Die Regierung ist für die Exekutive zuständig und das oberste Gericht für die Judikative.

Gewaltenteilung: In der Schweiz sind die legislative (gesetzgebende), die exekutive (ausführende) und die judikative (richterliche) Gewalt personell getrennt, funktionell aber bloss geteilt. Das heisst: Niemand darf gleichzeitig mehr als einer der drei Bundesbehörden – dem Parlament, der Regierung und dem obersten Gericht – angehören; aber jede der drei Behörden nimmt aus praktischen Gründen auch Aufgaben wahr, die streng genommen in die Zuständigkeit einer anderen Gewalt fallen.

Das Volk – der Souverän

Das Schweizer Volk ist laut Bundesverfassung der Souverän des Landes. Es umfasst alle erwachsenen Menschen mit Schweizer Bürgerrecht – das sind rund 5,5 Millionen Bürger:innen, was etwa 60 Prozent der Wohnbevölkerung entspricht. Unter 18-Jährige und ausländische Staatsangehörige haben auf Bundesebene keine politischen Rechte

Das Parlament – die Legislative

Das Schweizer Parlament hat zwei Kammern, die zusammen Vereinigte Bundesversammlung heissen und die gesetzgebende Gewalt im Staat bilden.

Der Nationalrat repräsentiert mit seinen 200 Mitgliedern die Gesamtbevölkerung des Landes – die einzelnen Kantone sind in ihm proportional zur Zahl ihrer Einwohner:innen vertreten.

Der Ständerat vertritt die 26 Kantone – 20 von ihnen sind darin durch je zwei Mitglieder repräsentiert, die sechs Halbkantone entsenden je eine Vertretung in den insgesamt 46-köpfigen Rat.

Beide Räte wählt das Volk direkt: den Nationalrat – die so genannte grosse Kammer – nach gemeinsamen eidgenössischen Regeln, den Ständerat – die kleine Kammer – gemäss kantonal unterschiedlichen Bestimmungen. Wahlkreise sind in beiden Fällen die Kantone

Die Regierung – die Exekutive

Die Regierung der Schweiz besteht aus den sieben Mitgliedern des Bundesrats sowie der Bundeskanzlerin bzw. dem Bundeskanzler, die von der Vereinigten Bundesversammlung für eine vierjährige Amtsdauer gewählt sind. Der Bundespräsident ist nur für ein Jahr gewählt und gilt in dieser Zeit als Primus inter pares, das heisst als Erster unter Gleichgestellten. Er leitet die Bundesratssitzungen und übernimmt besondere Repräsentationspflichten

Das Bundesgericht – die Judikative

Das Bundesgericht ist das oberste Gericht der Schweiz.. Die 40 ordentlichen und 19 nebenamtlichen Richter:innen erfüllen ihre Aufgaben in einer der sieben Abteilungen des Gerichts in Lausanne (Hauptsitz des Bundesgerichts) oder in Luzern (sozialrechtliche Abteilungen).

Daneben bestehen als erstinstanzliche Gerichte das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesstrafgericht. Das Bundesverwaltungsgericht ist das jüngste der Gerichte des Bundes. Es nahm seine Tätigkeit 2007 auf und hat seinen Sitz in St. Gallen. Das Bundesstrafgericht ist das allgemeine Strafgericht des Bundes mit Sitz in Bellinzona .

Was ist eine Partei?

Parteien sind politische Gesinnungsgruppen mit jeweils verschiedenen Weltbildern – also bestimmten Auffassungen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft usw. Sie stehen im Spannungsfeld zwischen Allgemeinwohl und Gruppeninteressen und sind ein Bindeglied zwischen dem Volk und staatlichen Einrichtungen. Parteien tragen zur politischen Meinungsbildung bei, stellen Kandidierende für öffentliche Ämter und ergreifen Initiativen oder Referenden. Bei Abstimmungen geben sie Empfehlungen zu den Vorlagen ab.

Anhang 2: Häufig gestellte Fragen an die SP

«Wer kann in der SP Mitglied sein? Können auch Junge mitmachen?»

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei kann werden, wer die zentralen Leitwerte Frieden, Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit der SP teilt. Die Anmeldung für eine Mitgliedschaft erfolgt per Internet.

Alle Mitglieder (auch Junge) können sich in ihrer Sektion aktiv beteiligen und an Parteiversammlungen teilnehmen, mitdiskutieren und über die Linie der Partei mitentscheiden.

Junge Menschen sind in der SP willkommen und werden mit offenen Armen begrüsst. Wir verstehen uns als Partei, welche die Zukunft mitgestalten will. Die SP will nicht nur für sondern auch mit der nächsten Generation politisieren. Die SP-Fraktion der Bundesversammlung ist mit Fabian Molina, Samira Marti, Tamara Funicello, Cedric Wermuth, Mattea Meyer, Babtiste Hurni, Jon Pult und Nadine Masshardt (alle zwischen Jahrgang 1984 und 1994) eine verhältnismässig junge Fraktion.

[Hier kannst du Mitglied werden.](#)

«Was sind die Ziele der SP?»

Die SP setzt sich für Frieden, Solidarität, Gleichheit, Klimaschutz & Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ein. Eine ausführlichere Auflistung ist [hier](#) im Parteiprogramm und [hier](#) in dessen Kurzfassung zu finden.

«Welche Interessen vertritt die SP?»

Die SP vertritt Menschen, Gruppierungen und Organisationen, die sich dafür einsetzen,

- den Sozialstaat zu festigen, an neue Bedürfnisse anzupassen und finanziell sicherzustellen,
- die Steuergerechtigkeit im Land wieder herzustellen und unsoziale Steuergeschenke zu verhindern,
- den Staat und seinen Service public-Auftrag leistungsfähig zu erhalten,
- den rasanten wirtschaftlichen Strukturwandel für die Arbeitnehmenden mit Berufsbildung und Sozialpolitik abzusichern und zu erleichtern,
- die Integration der hier lebenden und der in grösserer Anzahl neu hinzukommenden Ausländer:innen voranzubringen,
- die Gleichstellung der Geschlechter auf beruflicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene durch- und umzusetzen
- und den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu vollziehen – im Interesse unserer und nächster Generationen.

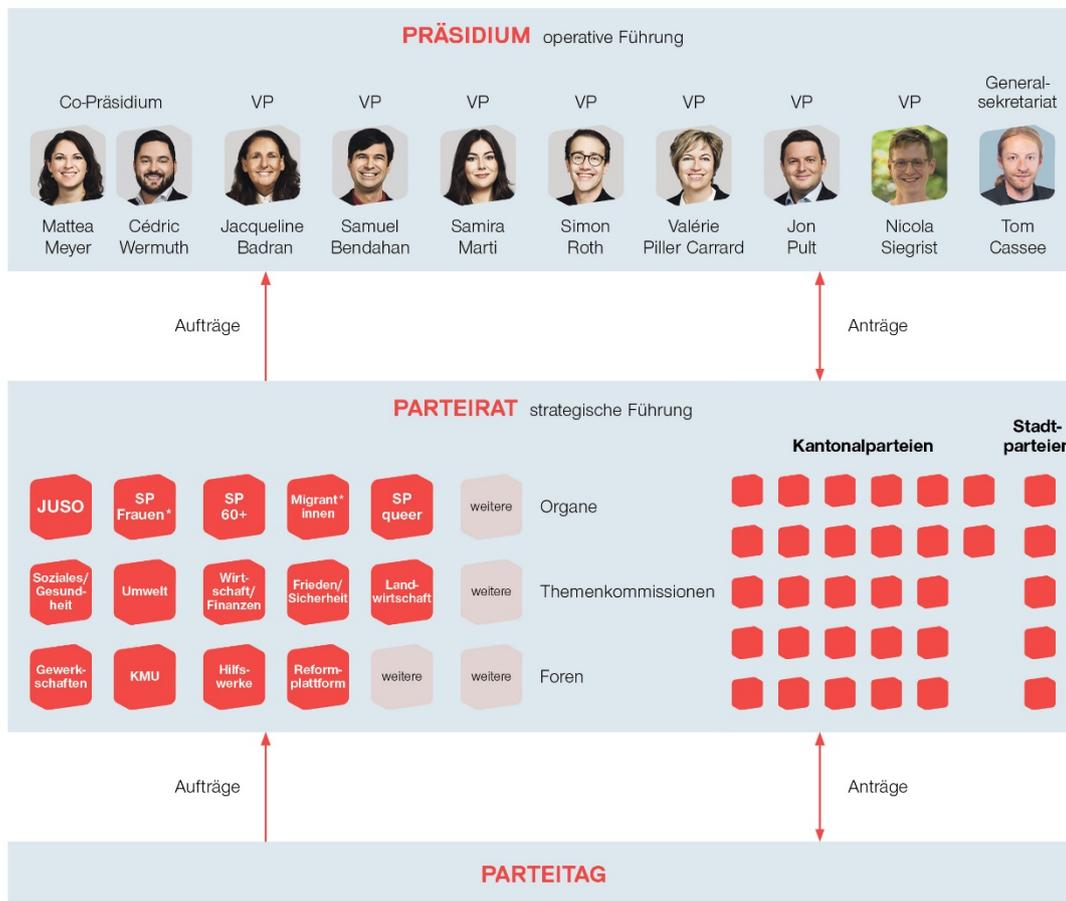
«Wie finanziert sich die SP Schweiz?»

Neben unseren Haupteinnahmen – konstituiert durch Mitgliederbeiträge (ab ca. 65 Franken pro Mitglied je nach Einkommen; die SP hat ca. 33'000 Mitglieder) und Solidaritätsbeiträge der Mandatsträger:innen – decken die Spenden einen wichtigen Teil unseres jährlichen Budgets. Die Spenden stammen von Mitgliedern und von Personen, die der SP nahestehen. Die Durchschnitts spende betrug 2019 73 Franken. Grossspenden von mehreren Tausend Franken erhält die SP Schweiz nur in Ausnahmefällen. Was Spenden von Unternehmen betrifft, nimmt die SP ausschliesslich Gelder von Genossenschaften und Mitarbeiter:innengesellschaften an. Spenden von Aktiengesellschaften lehnen wir ab. Damit garantieren wir die finanzielle und politische Unabhängigkeit der SP von Konzerninteressen. Die SP Schweiz führt mehrmals pro Jahr Spendenmailings per Post durch und wirbt im Internet um Spenden. Der Ertrag des Fundraisings wird für die Kampagnenarbeit verwendet.

Die SP Schweiz setzt sich für eine volle Transparenz bei den Parteifinzen ein. Dank ihrem Engagement, erfolgreichen kantonalen Initiativen der JUSO und der Unterstützung einer breiten Allianz ist die Transparenz in der Politikfinanzierung seit 2023 gesetzlich geregelt. Parteien sowie Komitees für Wahlen und Abstimmungen müssen den Gesamtbetrag ihrer Einnahmen offenlegen. Grossspenden von jährlich über 15'000 Franken müssen mit dem Namen der spendenden Person oder Firma veröffentlicht werden.

Die Annahme von anonymen Spenden und Spenden aus dem Ausland ist verboten, mit Ausnahme von Spenden von Auslandschweizer:innen. Sowohl die JUSO als auch die SP setzen sich auf kantonaler und kommunaler Ebene weiter für Transparenzregeln ein. Die Rechnung und das Budget der SP Schweiz werden alljährlich offengelegt. Sie sind auf der Homepage der SP Schweiz veröffentlicht.

Anhang 3: Organigramm der SP Schweiz



VP: Vizepräsidentin oder Vizepräsident. Der Parteirat umfasst ca. 75 Personen, der Parteitag ca. 1100 Personen.

Anhang 4: Statuten der SP Schweiz

Die Statuten der SP Schweiz können hier eingesehen werden:

www.spschweiz.ch/statuten

Anhang 5: Die Geschichte der SP

Die Arbeiterbewegung

In der vorindustriellen Zeit waren die Handwerker in Zünften organisiert. Meister und Gesellen gehörten der gleichen Zunft an. Zur Ausbildung gehörte, dass ein Geselle Wanderjahre macht. Auf diesen Wanderungen verdingten sie sich bei einem Meister für eine gewisse Zeit, dann zogen sie weiter. Die Handwerksgelesen besaßen ein weit gespanntes Informationsnetz. Darüber wurde mitgeteilt, welche Erfahrungen ein Geselle bei einer Meisterfamilie gemacht hat. Schon im Mittelalter organisierten sie Selbsthilfe (Unterstützungskassen, Arbeitsvermittlung etc.), mit der sie sich gegen übermächtige Handwerksmeister zu wehren versuchten, zugleich aber auch Vorsorge betrieben.

Die Industrialisierung gefährdete mit der aufkommenden Massenproduktion die selbständigen Handwerker. Sie nahm den Gesellen die wirtschaftliche Basis – die Möglichkeit, sich in den Wanderjahren weiterzubilden – da nur noch sehr wenige Arbeitsplätze bei Meistern zu finden sind.

HANDWERKER

1833-36 In der Schweiz entstehen Handwerkervereine und Gesellenorganisationen zur Selbsthilfe. Dazu werden Handwerkerschulen gegründet – die Vorläufer unserer Sekundarschulen. Die Schweizer Grenzen sind damals offen. Unter die Gesellen mischen sich bald politisch Verfolgte, vor allem aus Deutschland.

HANDWERKER- VEREINE

1834 Die deutschen Handwerksvereine schliessen sich zum Jungen Deutschland zusammen, einem Geheimbund, der sich gegen die Herrschaftsverhältnisse in Deutschland richtet. Aus den Handwerkervereinen, welche die Selbsthilfe, die Bildung und die Unterhaltung als Ziele haben, werden politische Vereine.

1836 Alle politischen Flüchtlinge und die Handwerksgelesen werden aus der Schweiz ausgewiesen. Gerade diese Leute haben aber für die schweizerische Arbeiterbewegung eine grosse Bedeutung. In den Treffen kommen Schweizer mit den sozialistischen Ideen in Kontakt und erfahren die Bedeutung der Selbsthilfe.

1836 Genf wird in den vorangehenden Jahren zu einem Sammelbecken von Deutschschweizern, vor allem aus Appenzell und Glarus. Es sind Bauernburschen, die durch das Erbrecht keinen Erwerb mehr haben. In Genf suchen sie Arbeit. Sie gründen den ersten Grütliverein. Ziel ist die Pflege des Heimatgefühls, Erinnerungsfeiern an die Landsgemeinden und die Kulturpflege.

GRÜTLIVEREINE

Der Name «Grütli» kommt daher, dass die Genfer:innen das Wort «Rütli» nicht aussprechen können. Für sie ist es «Le Chrütli».

1843 Der erste Schweizerische Grütliverein entsteht. Ihm gehören bis 1864 hundert Sektionen mit rund 3500 Mitgliedern an. Ziel des Vereins ist, «durch Bildung zur Freiheit» zu gelangen. Die Vereine widmen sich der menschlichen und fachlichen Weiterbildung und der Pflege der Unterhaltung durch Gesang, Theater und Lesen. Die Grütlivereine wird nach und nach auch politisch aktiv, da sich die Gesellschaft immer mehr zur Klassengesellschaft entwickelt: Ausbeuter – Ausgebeutete, Besitzende – Besitzlose, Unabhängige – Abhängige, Herrschende – Beherrschte. So setzt sich der Schweizerische Grütliverein ein für die direkte Demokratie und für ein staatspolitisches Konzept, welches verlangt, dass sich der Staat für die Schwachen einsetze. Dazu ergreift er Selbsthilfemassnahmen, z.B. in der Krankenversicherung (Grütli-Krankenkasse).

1851 Arbeiter gründen auf Initiative von Johann Jakob Treichel den Zürcher Konsumverein: eine Genossenschaft, als Selbsthilfeorganisation gegen die kapitalistische Produktionsweise und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Die Genossenschaftsidee erfährt rasch einen starken Aufschwung. In vielen Städten und Dörfern entstehen örtliche

KONSUMVEREINE

	Konsumgenossenschaften. Sie bilden die Basis für die spätere COOP Schweiz.	
1857	Buchdruckergesellen gründen die erste gewerkschaftliche Organisation: die Typographen-Gewerkschaft.	ERSTE GEWERKSCHAFTEN
1873	In Olten wird der Alte Arbeiterbund gegründet. 10 Vertreter von Grütlivereinen, 10 von kantonalen oder lokalen Arbeiterverbänden, 16 der deutschen Arbeiterverbände, 25 von lokalen Gewerkschaften und 5 der Fédération jurassienne sind anwesend. Gesamthaft weisen sie einen Mitgliederbestand von 6'000 Personen aus.	ALTER ARBEITERBUND
1874	Der Schweizerische Grütliverein und der Alte Arbeiterbund sind wesentlich daran beteiligt, dass die revidierte Bundesverfassung angenommen wird. Sie verpflichtet den Bund, einheitliche Bestimmungen über die Kinderarbeit und die Dauer der Arbeit zu erlassen. Erster Arbeitersekretär wird Hermann Greulich.	BUNDESVERFASSUNG
1877	Das erste Fabrikgesetz wird angenommen. Der 11-Stunden-Tag, die Haftung der Unternehmer bei Unfällen und eine Beschränkung der Kinderarbeit werden eingeführt.	FABRIKGESETZ
1880	Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird als Nachfolgeorganisation des Alten Arbeiterbundes gegründet.	SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
1888	Nach dem bereits 1870 durch Hermann Greulich ein erster und 1880 ein zweiter Versuch gescheitert war, die Sozialdemokratische Partei zu gründen, kommt es 1888 zur definitiven Gründung. Initiator ist diesmal der Berner Patrizier und Fürsprecher Albert Steck. Hintergrund ist eine Spaltung im Grütliverein. Der Grütliverein nimmt eine Zwitterstellung zwischen Links-Freisinn und Sozialdemokratie ein. Er lehnt z.B. in einer Urabstimmung Sonderbeiträge für eine Streikkasse ab. Der Grütliverein distanziert sich dann auch von den Sozialdemokraten. Viele Mitglieder treten aus dem Grütliverein aus und werden Mitglied der SP. Der Verein verliert immer mehr an Bedeutung. 1901 schliesst er sich der SP Schweiz an (Solothurner Hochzeit). Die SP lanciert bereits in den ersten Jahren die Volksinitiative «für Recht auf Arbeit». Die Initiative verlangt, dass der Staat nicht nur die Interessen des Kapitals wahrnehmen solle, sondern auch für die Interessen der Arbeiterschaft einzustehen habe. Die Initiative wird 1893 in der Volksabstimmung abgelehnt.	SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
1889	Die Schweizerische Arbeiterbewegung feiert zum ersten Mal den Tag der Arbeit, den 1. Mai.	1. MAI
1905	In der Schweiz entstehen Sektionen der Naturfreunde. Diese in Wien entstandene Bewegung hat zum Ziel, arbeitenden Menschen den Zugang zur Natur zu ermöglichen. Die Naturfreunde setzen sich bis heute für ökologische und sozialpolitische Themen ein. Sie gehören zu den weltweit grössten Umweltschutzorganisationen und bekennen sich zum demokratischen Sozialismus.	
1912	Die SP Schweiz nimmt die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in ihr Parteiprogramm auf.	

Militär im Einsatz gegen die Arbeiterbewegung

	Die Zeit vor 1914 ist die grosse Zeit der Friedensbewegung. In der Schweiz bilden sich verschiedenen Strömungen. Annäherungsversuche mit der ersten Internationalen scheitern aber. Die Arbeiter:innenbewegung ist in der Schweiz antimilitaristisch. Auf Parteitagen der SP sind das Verbot von Militäreinsätzen bei Streiks und Abrüstung Dauerthemen.	NOT IM 1. WELTKRIEG
1914	Der Erste Weltkrieg bricht aus. Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zur Landesverteidigung. Sie verzichtet bewusst auf ihre Klasseninteressen und auf eine Oppositionspolitik. Diese Haltung wird aber schlecht belohnt. Für die Arbeiter und ihre Familien ist während dem Aktivdienst nicht gesorgt. Sie haben kein Einkommen. Die Lebensmittel werden durch den Schwarzhandel teuer. Die Rationierung setzt spät ein. Die Lebenshaltungskosten steigen in den vier Kriegsjahren	

	durchschnittlich um 130 Prozent. Viele Arbeiter müssen nach ihrer Rückkehr aus dem Dienst erkennen, dass sie ihre Arbeitsstelle verloren haben. Es gibt keinen Kündigungsschutz. Während die Arbeiterschaft verarmt, machen einige wenige riesige Kriegsgewinne. Gleichzeitig wurde auch die Militärjustiz verschärft und das Militär zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Lande eingesetzt (1917 November-Unruhen u.a. in Zürich).	RUHE UND ORDNUNG
	Die Arbeiterschaft schreitet in Städten und Dörfern immer öfter zum Streik. Sie hält grosse Volksversammlungen im Freien ab, an denen gegen die grosse Not und gegen die Ausbeutung protestiert wird.	PROTESTE, STREIKS
1917	Die SP distanziert sich klar von der Armee. Bis 1932 verweigert die SP-Fraktion dem Militärbudget jeweils die Zustimmung.	
1918	Der Bundesrat führt eine obligatorische Hilfs- und Zivildienstpflicht ein. Damit wird die gesamte männliche Bevölkerung der Befehlsgewalt der Armee unterstellt.	MILITARISIERUNG
	Die Arbeiterbewegungen stellen Lohnforderungen, um die während dem Krieg gestiegene Teuerung aufzufangen. In Zürich streikt sogar das Bankpersonal. Am 5. November lässt der Bundesrat zur Bekämpfung der Arbeiterunruhen in Zürich Truppen aufmarschieren.	
	Unter dem Druck der Arbeiter ruft das Oltener Komitee den Generalstreik aus. Er beginnt am 11. November. In der ganzen Schweiz streiken ca. 300'000 Arbeiter. Der Bundesrat seinerseits bietet 100'000 Soldaten auf. Es sind vor allem Kavalleristen, der bürgerlichen Mehrheit ergebene Bauern. Sehr rasch beginnt in der Westschweiz und bei den Eisenbahnern die Streikfront abzubrockeln. Der Bundesrat setzt das Oltener Komitee unter Druck. Am 13. November wird der Streik abgebrochen.	GENERALSTREIK
	Von den neun Generalstreikforderungen werden zwei erfüllt:	
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung der Proporzahlen ▪ Einführung der 48-Stundenwoche 	PROPORZWAHLEN 48-STUNDENWOCHE
	Abgelehnt werden sofortige Neuwahlen, das aktive und passive Frauenwahlrecht, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, die Reorganisation der Armee zu einem Volksheer, die Alters- und Invalidenversicherung, das Staatsmonopol für Importe und Exporte, die Tilgung der grossen Staatsschulden durch die Besitzenden.	
	Herausragende Persönlichkeit im Oltener Komitee ist der Berner Nationalrat Robert Grimm. Er wird anschliessend verurteilt und sitzt in Blankenburg eine Gefängnisstrafe ab. Robert Grimm wird 1938 der erste SP-Regierungsrat im Kanton Bern.	
1919	Erfolg des Generalstreiks: Die Nationalratswahlen werden erstmals nach dem Proporzverfahren durchgeführt. Die SP steigert sich von 20 auf 41 Mandate.	ERFOLG IN DEN NATIONALRATSWAHLEN
Ab 1920	Die Zwanziger Jahre bringen eine Wirtschaftskrise. Die Arbeiterschaft in ganz Europa leidet. Sie muss sich darauf konzentrieren, erworbene Rechte nicht zu verlieren. Das Bürgertum herrscht.	
1933	Nachdem in Italien bereits die Faschisten unter Mussolini die Herrschaft übernommen haben, kommt Hitler mit seinen Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht. In beiden Ländern wird die Arbeiterbewegung zerschlagen. Ihre Exponenten sowie die Juden, die Kommunisten, die Romas und Homosexuelle werden in Arbeits- oder Vernichtungslager verschleppt oder in den Ghettos hingemordet (Holocaust). Hitler bringt die ganze Rüstungsindustrie in Schwung, baut erste Autobahnen. Die Arbeitslosen verschwinden in Deutschland von den Strassen. Auch in der Schweiz greift das Bürgertum hart durch. Im November 1932 wird in Genf das Militär gegen eine antifaschistische Demonstration eingesetzt. Es kommt zu einem Massaker mit 13 Toten und 70 Verwundeten.	FASCHISMUS NATIONALSOZIALISMUS
1934	Am 30. November wird vom Gewerkschaftsbund und der SP die Kriseninitiative mit 334'669 Unterschriften eingereicht. Sie will dem Staat mehr Kompetenzen für die Arbeitsbeschaffung geben und fordert eine ausreichende Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe. Die Initiative wird am 2. Juli 1935 mit 567'425 Nein-Stimmen (57,2 Prozent) gegen 425'242 Ja-Stimmen (42.8 Prozent) abgelehnt.	KRISENINITIATIVE

1936	Die SP und der Gewerkschaftsbund gründen das Schweizer Arbeiterhilfswerk (SAH). Damit sollen die Folgen der Weltwirtschaftskrise gelindert und bedürftige Arbeiterfamilien unterstützt werden. Das SAH organisiert Kinderferienlager, engagiert sich im 2. Weltkrieg für Geflüchtete und übernimmt in den 1990ern eine Pionierrolle bei der Entwicklung von Erwerbslosen-Programmen. Seit 2005 wird die Auslandsarbeit unter dem Namen Solidar Suisse separat geführt.	
	Ja zur Landesverteidigung – Eintritt in den Bundesrat	
1937	Vier Gewerkschaften schliessen mit den Arbeitgebern das so genannte Friedensabkommen. Fortschritte für die Arbeiterschaft sollen vor allem auf dem Verhandlungsweg erreicht werden. Die Sozialdemokratische Partei beschliesst an ihrem Parteitag, sich der «Richtlinienbewegung» anzuschliessen, d.h. sich hinter die Forderungen für eine verstärkte geistige und militärische Landesverteidigung einzusetzen.	FRIEDENSABKOMMEN JA ZUR LANDESVERTEIDIGUNG
1938	Hitlers Truppen marschieren in Österreich und Polen ein. Die SP Schweiz bekennt sich zur Landesverteidigung.	
1939	Der Zweite Weltkrieg beginnt. In der Schweiz erfolgt die Generalmobilmachung. Die Waren für den Lebensbedarf werden rationiert. Die Arbeiter im Aktivdienst erhalten neben dem Sold eine Erwerbsausfall-Entschädigung.	2. WELTKRIEG
1943	Mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung wird die SP regierungsfähig. Ernst Nobs wird als erster SP-Bundesrat gewählt. Die SP hat schon in den 20er und 30er Jahren immer wieder versucht, in den Bundesrat gewählt zu werden. Alle diese Versuche waren gescheitert. Die SP Schweiz lehnt einen Zusammenschluss mit den ehemaligen Kommunisten ab. So entsteht neben der SP die «Partei der Arbeit». Zu ihr zählen auch linke SP-Mitglieder, die mit der «anpässlerischen» Politik nicht mehr einverstanden sind.	ERSTER SP- BUNDES RAT
1945	Der Zweite Weltkrieg ist zu Ende. Weite Teile Europas sind zerstört. Durch den Krieg und in den deutschen Konzentrationslagern sind Millionen von Menschen getötet worden. Europa wird geteilt in einen West- und Ostblock. Im Westen sorgt der amerikanische Marshallplan für einen raschen Wiederaufbau. Ein starker Wirtschaftsaufschwung setzt ein, der in Westeuropa zu den goldenen sechziger Jahren führt. In den folgenden Jahren verschärfen sich die Gegensätze zwischen Ost und West. Der Kalte Krieg beginnt. Berlin-Ost wird durch eine Mauer von Berlin-West getrennt. Nato und Warschauerpakt rüsten auf mit modernsten Waffen, dazu gehören Raketen, atomare Sprengsätze, Giftgase etc. In der Schweiz werden Linke (Sozialdemokraten, PdA) überwacht und von der Bundespolizei fichiert. Dies führt später zum so genannten Fichenskandal.	KRIEGSENDE
1948	Die AHV wird eingeführt. Das Volk hat sie im Vorjahr mit 80 Prozent der Stimmen angenommen.	
1953	In der Volksabstimmung vom 6. Dezember wird die von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Bundesfinanzreform abgelehnt. SP-Bundesrat Max Weber wird von den bürgerlichen Parteien im Regen stehen gelassen. Er demissioniert noch am gleichen Abend als Bundesrat. Von diesem Zeitpunkt an ist die SP nicht mehr im Bundesrat vertreten, sondern wieder in der Opposition zur Regierung – wie vor 1943.	IN DER OPPOSITION

Die Zauberformel für die Zusammensetzung des Bundesrates

1959	Vier Bundesräte treten auf einmal zurück: Drei CVP- und ein FDP-Bundesrat legen auf Jahresende ihr Amt nieder. Dies gibt der SP die Gelegenheit, Anspruch auf zwei Bundesratssitze zu erheben. Die CVP, die den Sitz von Weber geerbt hat, signalisiert sofort ihre Bereitschaft, auf einen Sitz zu verzichten. Die FDP schweigt. In der Wahl vom 17. Dezember werden zuerst zwei CVP-Bundesräte sowie	DIE ZAUBERFORMEL
-------------	--	-------------------------

	<p>Willy Spühler als SP-Bundesrat gewählt. Walther Bringolf, SP-Präsident, erreicht die notwendige Stimmenzahl nicht. Dafür erhält Hans-Peter Tschudi als SP-Kandidat viele Stimmen. Im dritten Wahlgang lässt die SP-Fraktion ihren Präsidenten fallen und stimmt für Tschudi. Tschudi erreicht nun das notwendige Mehr und der Freisinnige Hans Schaffner wird nicht gewählt. Damit ist die so genannte Zauberformel geboren. Sie sollte bis Ende 2003 die Zusammensetzung des Bundesrates bestimmen: Im Bundesrat sitzen je zwei Vertreter der FDP, der CVP und der SP und ein Vertreter der SVP.</p>	
1963	Nachdem der Bundesrat 1957 Atomwaffen für die Schweiz gefordert hatte, will die SP mit einer Initiative eine solche Bewaffnung dem Referendum unterstellen. Die Initiative wird aber abgelehnt.	
1959-1973	Unter dem als «Vater der AHV» bekannten SP-Bundesrat Hans-Peter Tschudi wird dieses Sozialwerk stark ausgebaut. Die Renten werden mehrfach erhöht, die Maximalrente auf das Doppelte der Minimalrente gedeckelt und die Beitragssätze erhöht. Zudem wurden unter Hans-Peter Tschudi die Ergänzungsleistungen eingeführt.	
1973	Die Bundesversammlung wählt nicht den offiziellen SP-Kandidaten Arthur Schmid, Parteipräsident, in den Bundesrat, sondern den Solothurner Regierungsrat Willi Ritschard. Ritschard hat sich vom Heizungsmonteur zum Gewerkschaftssekretär und dann zum Regierungsrat hochgearbeitet. Er wird deshalb als der erste Arbeiter im Bundesrat bezeichnet. In der SP macht sich Unmut breit, dass die bürgerliche Mehrheit die SP desavouiere, indem sie nicht den offiziellen Kandidaten wählt.	SP DESAVOUIERT
1973	Das Baugelände des geplanten AKW in Kaiseraugst wird zum ersten Mal besetzt.	
1983	Statt der offiziellen Kandidaten Liliane Uchtenhagen wird Otto Stich in den Bundesrat gewählt. Uchtenhagen wäre die erste Bundesrätin gewesen. Nun platzt vielen Parteimitgliedern der Kragen. Sektionen und Kantonalparteien fordern, es sei ein ausserordentlicher Parteitag einzuberufen, um über die Frage der Regierungsbeteiligung zu diskutieren. Dieser Parteitag findet in Bern statt. Ein Austritt aus dem Bundesrat, weil die bürgerliche Mehrheit nicht die offizielle SP-Kandidatin in den Bundesrat wählte, wird klar abgelehnt.	REGIERUNG ODER OPPOSITION
1989	Es wird bekannt, dass der Schweizer Staat während des 20. Jahrhunderts hundertausende Menschen und Organisationen überwacht und in Fichen erfasst hat. Davon waren vor allem Linke und Gewerkschaften betroffen. In der Folge kam es zu grossen Protesten und einer Neuorganisation von Bundesanwaltschaft und Bundespolizei. Das Thema der staatlichen Überwachung bleibt in der Schweiz aber bis heute hochaktuell.	
1990	Trotz des Reaktorunfalls in Tschernobyl 4 Jahre zuvor lehnt das Volk die Initiative der SP für den Ausstieg aus der Atomenergie ab. Gleichzeitig nimmt es aber ein zehnjähriges Moratorium für den Bau neuer Atomanlagen an.	
1991	Die SP Frauen beteiligten sich am Schweizer Frauenstreik vom 14. Juni 1991, an dem gegen eine halbe Million Schweizer Frauen ihre Arbeit während eines Tages niederlegten. Motto des Streiks war «Wenn frau will, steht alles still». Anlass war das 10-jährige Bestehen des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau». In verschiedensten Aktionen wurde der Unmut der Schweizer:innen über die Verzögerungstaktik des Bundesrates bei Gleichstellungsthemen ausgedrückt.	
1993	Durch den Rücktritt von Otto Stich entsteht im Bundesrat eine Vakanz. Die SP nominiert als Kandidatin Christiane Brunner. Die Bundesversammlung wählt aber Francis Matthey. Dieser lehnt das Amt ab. In einem zusätzlichen Wahlgang wird nun Ruth Dreifuss gewählt. Sie ist die erste SP-Bundesrätin.	ERSTE SP- BUNDESRÄTIN
2003	Am 10. Dezember wird die Zauberformel gesprengt. Im Bundesrat sitzen neu zwei Vertreter:innen der FDP, der SVP und der SP sowie	DIE ZAUBERFORMEL WIRD GESPRENGT

	ein:e Vertreter:in der CVP. Die SP stellt mit Micheline Calmy-Rey, bis zur Wahl der CVP-Vertreterin Doris Leuthard, als einzige Partei eine Bundesrätin. Im Dezember 2007 folgt mit Eveline Widmer-Schlumpf von der SVP die dritte Frau im Bundesrat.	
2005	Nach etlichen Anläufen auf Bundesebene wird 2005 endlich die Mutterschaftsversicherung eingeführt.	MUTTERSCHAFTS- VERSICHERUNG
2008	Christian Levrat übernimmt das Parteipräsidium von Hans-Jürg Fehr.	
2010	Simonetta Sommaruga 2010 wird als Vertretung der SP in den Bundesrat gewählt, Alain Berset 2012.	
2017	Mit der Energiestrategie 2050, die im Mai angenommen wird, wird der Neubau von Atomkraftwerken verboten und so der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet.	SCHRITTWEISER AUSSTIEG KERNENERGIE
2018	Im Jahr 2018 wird das Jubiläum «100 Jahre Landesstreik» gefeiert. Mit einer breit angelegten Informationskampagne erinnert die SP Schweiz an dieses für den schweizerischen Bundessaat und die Sozialdemokratie wichtige Ereignis.	
2020	Nach 12 Jahren als Präsident der SP tritt Christian Levrat am Parteitag 2020 nicht mehr für die Wiederwahl an. Neu wird mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth erstmals ein Co-Präsidium ins Amt gewählt.	
2022	In den letzten Jahren hat die SP sich wiederholt gegen die Versuche der bürgerlichen Parteien, Steuer um Steuer abzubauen, gewehrt. Nach den Diskussionen um die Unternehmenssteuerreform (USR) III hat die SP das Referendum gegen die Stempel- und die Verrechnungssteuer ergriffen und beide daraus resultierende Abstimmungen gewonnen.	KAMPF GEGEN BÜRGERLICHE STEUERPOLITIK
2022	Simonetta Sommaruga tritt per Ende Jahr zurück. Gewählt wird Elisabeth Baume-Schneider. Die Jurassierin ist damit die erste Bundesrätin des jüngsten Kantons der Schweiz.	
2023	Die SP kann in den Nationalratswahlen um 2 Sitze zulegen und erreicht 18.27 Prozent der Stimmen. Ende Jahr tritt Alain Berset zurück. An seiner Stelle wird der Basler Beat Jans gewählt.	

Literatur

100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Solidarität Widerspruch Bewegung, Limmat Verlag Genossenschaft Zürich, 1988

Schweizerische Arbeiterbewegung

Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart; Limmat Verlag Genossenschaft Zürich, 1975

Diese beiden Hauptwerke sind vergriffen. Sie können hier ausgeliehen werden:

- Schweizerischen Landesbibliothek, Hallwylstrasse 15, Bern
- Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, Bern
- Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Bibliothek/Archiv, Monbijoustrasse 61, Bern
- Sozialarchiv Zürich

Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen

Robert Grimm, Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz

Robert Grimm, Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Frauengeschichte(n)

Elisabeth Joris, Heidi Witzig, Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Macht und Zwietracht im Bundeshaus

Marc Comina, Werd Verlag, Zürich 2004

Kampf gegen unerwünschte Fremde

Thomas Buomberger, Orell Füssli Verlag, Zürich 2004

100 Jahre Landesstreik: Ursachen, Konfliktfelder und Folgen

SGB, Reader zur Tagung vom 15.11.2017

Einig - aber nicht einheitlich: 125 Jahre Sozialdemokratische Partei Schweiz

SP Schweiz, Redbox Edition, 2013

Publikationen der SP

Links.ch

Links.ch ist die Mitgliederzeitung der SP Schweiz. Sie erscheint elfmal im Jahr und kann auch von Nicht-Mitgliedern kostenlos vom Internet heruntergeladen werden (links.ch). Die Sprachregionen verfügen in der Romandie über das «socialistes» und im Tessin über das «ps.ch».

Direkt-Magazin

«direkt» ist eine Webseite der SP Schweiz mit Beiträgen aus sozialdemokratischer Sicht zu aktuellen Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (direkt-magazin.ch).

Parteiprogramm

Das Parteiprogramm ist eine Zusammenfassung der wichtigsten weltanschaulichen Grundsätze und Ziele der sozialdemokratischen Partei. In einer ausführlichen Fassung sowie als Kurzfassung sind die Dokumente hier aufgeschaltet: sp-ps.ch/parteiprogramm

Wichtige Adressen und Links

SP Schweiz
Theaterplatz 4
Postfach
3011 Bern
Tel. 031 329 69 69
Fax. 031 329 69 70
Internet: www.sp-ps.ch
E-Mail: info@spschweiz.ch

JUSO
Theaterplatz 4
3011 Bern
Tel. 031 329 69 99
Fax 031 329 69 70
Internet: www.juso.ch
E-Mail: info@juso.ch

SP-Frauen Schweiz
Theaterplatz 4
Postfach
3011 Bern
Telefon 031 / 329 69 91
Fax 031 / 329 69 70
Internet: www.sp-frauen.ch
E-Mail: frauen@spschweiz.ch

Das Schweizerische Parlament
www.parlament.ch

Bundesbehörden der Schweizerischen
Eidgenossenschaft
www.admin.ch